



Jahresbericht 2004

Der *Interkulturelle Rat* in Deutschland hat es sich zur Aufgabe gemacht, durch seine Arbeit das friedliche interkulturelle und interreligiöse Zusammenleben in Deutschland zu fördern. Das gleichberechtigte Zusammenleben Aller bedarf ständiger Aushandlungsprozesse, zu denen der *Interkulturelle Rat* durch die Initiierung von Runden Tischen und Gesprächsforen, durch eigene Stellungnahmen zu integrations- und migrationsrelevanten Themen und durch seine Presse- und Öffentlichkeitsarbeit einen Beitrag leisten will. Im Berichtszeitraum lagen die Schwerpunkte unserer Arbeit auf folgenden Themenfeldern:

1. Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung

a) Projekt 21. März – Internationale Woche gegen Rassismus

Anlässlich des Anti-Rassismustages der Vereinten Nationen am 21. März organisierte der *Interkulturelle Rat* wie schon in den Jahren zuvor die *Internationale Woche gegen Rassismus*, die vom 15.-21. März 2004 stattfand. Neben einem Aktionsplakat und Informationshandzetteln, die auf die Aktionswoche hinwiesen, wurde auch eine 60-seitige Handreichung erarbeitet, in der beispielhafte Projekte der vergangenen Jahre kurz vorgestellt wurden. Die Materialien wurden mit großem Erfolg an Bildungsinstitutionen und andere Organisationen und Einrichtungen ausgesendet. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützten die *Internationale Woche gegen Rassismus* und organisierten eigene Veranstaltungen und Aktionen. Gemeinsam mit *Gesicht Zeigen! Aktion Weltoffenes Deutschland* vermittelte der *Interkulturelle Rat* Politiker, Zeitzeugen, Musiker, Künstler, Schriftsteller und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an Schulen, die dort das Thema Rassismus mit Schülern/innen erörterten. Der *Interkulturelle Rat* hat darüber hinaus in Darmstadt anlässlich des 21. März eine Marathonlesung mit prominenten Politikern, Musikern und Schauspielern veranstaltet. Bundesweit fanden im Jahr 2004 etwa 300 Veranstaltungen in Schulen, Theatern, Vereinen, Museen und anderen Einrichtungen statt. Damit könnte die Zahl von Aktionen vor Ort gegenüber dem Jahr 2003 um 100 Prozent gesteigert werden.

Zur Vorbereitung der Aktionswoche 2005 hatten *Interkultureller Rat* und *Forum gegen Rassismus* am 16. September 2004 zu einer Tagung nach Weimar eingeladen. Auf dem Programm stand neben den Planungen für das Jahr 2005 auch die Auswertung der Aktionswoche 2004. In der Geschäftsstelle wurde Ende 2004 eine ausführliche Dokumentation der Aktivitäten des Interkulturellen Rates im Rahmen seines Projekts „21. März/Internationale Woche gegen Rassismus“ erarbeitet. Sie ist auf der Homepage des IR unter der Adresse http://www.interkultureller-rat.de/Aktionen/21_Maerz/Aktionen_21_Maerz_Dokumentation.shtml einzusehen.

Erarbeitet wurden im Berichtszeitraum auch das Aktionsplakat für die Internationale Woche gegen Rassismus im Jahre 2005 sowie eine 32-seitige Broschüre, die zielgruppenorientiert Ideen und Anregungen für Veranstaltungen zusammenstellt. Im Rahmen der Broschüre vorgestellt werden Aktionen für Kinder, Schulprojekte, kreativ-künstlerische Projekte, Exkursionen, Veranstaltungen mit Gastreferenten sowie interkulturelle Feste und Sportveranstaltungen.

Da die Förderung der Aktivitäten des Interkulturellen Rates zur weiteren Bekanntmachung des 21. März und der Internationalen Woche gegen Rassismus im Rahmen



des XENOS-Programms zum 31. Dezember 2004 auslief, lag ein weiterer Schwerpunkt der Aktivitäten auf der Sicherstellung der diesbezüglichen Arbeit auch in den kommenden Jahren. Der Interkulturelle Rat hat daher in 2004 einen Antrag im Rahmen des entimon-Programms der Bundesregierung gestellt, der bislang nicht abschließend beschieden ist.

b) Positionspapier des Interkulturellen Rates für einen Nationalen Aktionsplan gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus

Vom 31. August bis zum 8. September 2001 fand in Durban/Südafrika die Weltkonferenz gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz statt. Neben der Abschlusserklärung wurde in Durban auch ein sogenanntes Programme of Action verabschiedet, in dem die nationalen Regierungen aufgefordert werden, im Benehmen mit der Zivilgesellschaft eigene Aktionspläne auszuarbeiten (Aktionsplan Nr. 191a). Der Interkulturelle Rat hat seinen Beitrag hierzu im Mai 2004 geleistet und der Bundesregierung Maßnahmenvorschläge zur Realisierung der folgenden Zielvorgaben unterbreitet:

- Politische Partizipationsmöglichkeiten für Migranten eröffnen;
- Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland ermöglichen;
- Integrationsangebote für Flüchtlinge und Migranten stärken;
- Den Dialog mit Muslimen fördern;
- Antisemitismus wirkungsvoll begegnen;
- Bildungschancen für Menschen mit Migrationshintergrund verbessern;
- Diskriminierung gesetzlich unterbinden;
- Flüchtlingsschutz verbessern;
- Menschenrechte nicht gegen innere Sicherheit ausspielen;
- Sachgerechte Berichterstattung zu Migranten und Migration in den Medien fördern;
- Gesellschaftliches Bewusstsein für die Überwindung von Rassismus entwickeln.

Die Vorschläge des Interkulturellen Rates sind auf seiner Homepage unter der Adresse <http://www.interkultureller-rat.de/Themen/Antirassismus/nationaleraktionsplan.pdf> einzusehen. Es ist zu bedauern, dass sich die Bundesregierung Ende des Jahres 2004 noch immer nicht in der Lage gesehen hat, den Entwurf eines Nationalen Aktionsplanes gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus vorzustellen und mit der Zivilgesellschaft zu erörtern.

c) Gremienarbeit

Der *Interkulturelle Rat* hat im Berichtszeitraum regelmäßig im Forum gegen Rassismus beim Bundesministerium des Innern und dem zivilgesellschaftlichen Netz gegen Rassismus mitgearbeitet.

Im Rahmen beider Gremien wurde die Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinien der Europäischen Union in das nationale deutsche Recht kritisch begleitet. In seiner Gremien- und Lobbyarbeit hat der Interkulturelle Rat auf der Grundlage seiner Stellungnahme zur Antidiskriminierungsgesetzgebung vom Oktober 2002 agiert und insbesondere die schleppende und nicht-fristgerechte Umsetzung der Vorgaben der Europäischen Union kritisiert. Den schließlich am 16. Dezember 2004 von den Regierungsparteien in den Bundestag eingebrachten Gesetzesentwurf bezeichnet der Interkulturelle Rat in einer ersten Stellungnahme als Entwurf mit Licht und Schatten. Insbesondere hinsichtlich der geplanten Ausgestaltung der Antidiskriminierungsstelle des



Bundes sieht der Interkulturelle Rat im angelaufenen Gesetzgebungsverfahren erheblichen Nachbesserungsbedarf. Er wird das Gesetzgebungsverfahren auch im Jahre 2005 durch öffentliche Stellungnahmen begleiten.

Weitere Themen, mit denen der Interkulturelle Rat im Rahmen seiner Gremienarbeit im Forum gegen Rassismus und im Netz gegen Rassismus befasst war, waren u.a. die Wahlerfolge rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Parteien bei den Landtagswahlen im Saarland, in Brandenburg und Sachsen, das Gesetzgebungsverfahren für ein Zuwanderungsgesetz (siehe Punkt 2 „Aktuelle Entwicklungen“), der behördliche Umgang mit ausreisepflichtigen Kindern und Jugendlichen (siehe Punkt 3 „Abschiebungshaft“), die Gesetzesinitiativen verschiedener Bundesländer für ein Verbot des Kopftuchs für muslimische Lehrerinnen in Schule und Unterricht (siehe Punkt 2 „Aktuelle Entwicklungen“) sowie die innenpolitische Dimension der Debatte um die perspektivische Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union (siehe Punkt 2 „Aktuelle Entwicklungen“).

2. Aktuelle politische Entwicklungen

Insbesondere im Rahmen Projekts Expertenpool wurden von Mitgliedern des *Interkulturellen Rates* und externen Experten die folgenden politischen Entwicklungen und Ereignisse bearbeitet:

a) Gesetzesinitiativen der Bundesländer für ein Kopftuchverbot in Schule und Unterricht

Die politische und gesellschaftliche Debatte, die das „Kopftuch-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichts vom 24. September 2003 losgetreten hat, war und ist von Vorurteilen und Scheinargumenten geprägt. Als Konsequenz hat der *Interkulturelle Rat* in Deutschland im Januar 2004 ein Papier mit dem Titel „Argumente: Thesen zum Kopftuch“ veröffentlicht. Das Papier stellt die unterschiedlichen Interpretationen des Kopftuchs für seine Trägerinnen wie für die deutsche Mehrheitsgesellschaft dar, gibt einen Überblick über die wichtigsten Pro-und-Kontra-Argumente zur Frage kopftuchtragender muslimischer Lehrerinnen und formuliert Thesen, die Anstoß zu kontroversen, aber sachlichen Debatten geben wollen. Das Papier ist im Internet unter der Adresse http://www.interkultureller-rat.de/argumente_1.pdf einzusehen. Es wurde auszugsweise auch auf der Dokumentationsseite der Frankfurter Rundschau abgedruckt. Wegen der großen Nachfrage wurde im April 2004 eine zweite unveränderte Auflage nachgedruckt.

In seiner Presse- und Öffentlichkeitsarbeit hat der *Interkulturelle Rat* in 2004 wiederholt für einen gelasseneren Umgang mit dem Thema plädiert, auf die Relevanz der Religionen im Prozess der Integration hingewiesen und die grundsätzliche Gleichbehandlung aller Religionsgemeinschaften gefordert. Vor diesem Hintergrund hat er massive Kritik an den Verbotsgesetzen formuliert, die u.a. in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen beschlossen wurden. Im Rahmen der mündlichen Anhörung der CDU-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz hat er sich entschieden gegen einen von der Fraktion vorgelegten Gesetzesentwurf für ein Kopftuchverbot in Rheinland-Pfalz ausgesprochen.



b) Türkei/ EU-Beitritt

Im Jahr 2003 hatte der *Interkulturelle Rat* sich aus gegebenem Anlass darauf verständigt, der Frage des zukünftigen Verhältnisses zwischen der Türkei und der Europäischen Union im Jahre 2004 besonderes Gewicht beizumessen. Es stand zu befürchten, dass die Frage des Beitritts der Türkei zur Europäischen Union im Rahmen des Europawahlkampfes im Frühjahr 2004 als Mobilisierungsthema für rechte Wählerstimmen instrumentalisiert und durch anti-islamische oder integrationsbehindernde Stimmungsmache flankiert werden könnte. Ausgehend von der im *Interkulturellen Rat* einstimmig geteilten Überzeugung, dass die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien die unverzichtbare Voraussetzung für den Beitritt der Türkei zur EU sein muss, wurden im Berichtszeitraum folgende Maßnahmen ergriffen, um zu einer Versachlichung der Diskussion beizutragen:

- Erarbeitung einer kommentierten Dokumentation - „Gehört die Türkei in die europäische Union?“ - zu den Positionen von Parteien und Verbänden zum Beitritt der Türkei zur EU. Die kommentierende Dokumentation wurde erstellt durch Susan Stewart (Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung), die sich in der Geschäftsstelle als ehrenamtliche Mitarbeiterin engagiert, und Torsten Jäger. Sie wurde im April 2004 gemeinsam mit PRO ASYL herausgegeben und kann im Internet unter der Adresse http://www.interkultureller-rat.de/Themen/Tuerkei_EU/tuerkei_dokumentation.pdf eingesehen werden.
- Ausrichtung einer Tagung zum Thema „Türkei-Europäische Union: Wege der Annäherung“ am 7. Mai 2004 in Berlin. Die Tagung wurde gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und PRO ASYL vorbereitet und durchgeführt. Neben der Versachlichung der Debatte war ein weiteres Ziel der Tagung, den öffentlichen Diskurs zwischen Repräsentanten der Türkischen Republik, deutschen Menschenrechtsorganisationen und den Gewerkschaften zu forcieren. Ein ausführlicher Tagungsbericht kann unter folgender Adresse eingesehen werden: www.dgb.de/themen/themen_a_z/abisz_doks/f/fachtagung_tuerkei_eu.pdf.
- Gemeinsame Gespräche von *Interkulturellem Rat* und PRO ASYL mit den Spitzenkandidaten der Parteien für das Europäische Parlament im Mai 2004. Die Vorstände von *Interkulturellem Rat* und PRO ASYL haben im Frühjahr 2004 den Spitzenkandidaten der Parteien für das Europäische Parlament Gespräche über auf europäischer Ebene relevante Themen aus dem Bereich Migration und Asyl angeboten. Dieses Gesprächsangebot wurde von Martin Schulz (SPD), Hartmut Nassauer (CDU), Heide Rühle (Bündnis ,90/Die Grünen) und Gabriele Zimmer (PDS) angenommen. Eines der Schwerpunktthemen in den Begegnungen war die Frage des sachlichen Umgangs mit der Diskussion um das zukünftige Verhältnis zwischen der Türkei und der Europäischen Union im Europawahlkampf. Die Gespräche und die dort gemachten Zusagen, das Thema nicht zur Mobilisierung rechtsorientierter Wählerstimmen zu missbrauchen, haben einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass dies tatsächlich unterblieben ist.

Der *Interkulturelle Rat* hat darüber hinaus in seiner Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Jahr 2004 wiederholt vor den integrationsschädigenden Konsequenzen der missbräuchlichen Instrumentalisierung des Themas im Europawahlkampf 2004 gewarnt und die Politik zu einem sachlichen Umgang mit dem kontroversen Thema aufgefordert. Als die Union im Oktober 2004, unmittelbar nach der Empfehlung der Europäischen Kommission, Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufzunehmen, öffentlich über eine Unterschriftenkampagne zur Verhinderung des Beitritts nachdachte, hat der *Interkulturelle Rat* in seiner Presse- und Öffentlichkeitsarbeit frühzeitig angekündigt,



hiergegen gemeinsam mit seinen Kooperationspartnern vorgehen zu wollen. Auch Dank weiterer eindeutiger Reaktionen aus der Zivilgesellschaft hat die Union diese Überlegungen nach kurzer Debatte wieder zu den Akten gelegt.

c) Zuwanderungsgesetz

Der *Interkulturelle Rat* hat im Jahre 2004 das Gesetzgebungsverfahren für ein Zuwanderungsgesetz kritisch begleitet. In zahlreichen Pressemitteilungen wurde Anfang des Jahres darauf hingewiesen, dass angesichts der Zugeständnisse der Regierungs- an die Oppositionsparteien im Vermittlungsverfahren die Gefahr besteht, die Intention des Gesetzes in das Gegenteil zu verkehren. Nachdem die Regierungsparteien im Vermittlungsverfahren u.a.

- das Punktesystem aufgegeben hatten, das die arbeitsmarktunabhängige Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland regeln sollte,
- darauf verzichteten, den generellen Anwerbestopp aus dem Jahre 1974 aufzuheben,
- Maßnahmen zur Integration auf Maßnahmen zum Erwerb der deutschen Sprache reduzierten und diese „Integrationsangebote“ mit aufenthalts- und sozialrechtlichen Sanktionen flankierten,
- Weder eine generelle Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete in das Gesetz aufnahmen noch geeignete Maßnahmen ergriffen, um der Problematik der Kettenduldungen im Sinne der langjährig Geduldeten wirkungsvoll zu begegnen und schließlich
- das Zuwanderungsgesetz mit der Aufnahme rechtsstaatlich bedenklicher Instrumente der „Terrorabwehr“ – wie beispielsweise der erleichterten Ausweisung von sogenannten „Hasspredigern“ durch Verkürzung des Rechtsweges und teilweise Umkehr der Beweislast – in weiten Teilen zu einem Abwehrgesetz werden ließen,

haben PRO ASYL und der *Interkulturelle Rat* die Fraktion von Bündnis '90/Die Grünen im Deutschen Bundestag im April 2004 in einer gemeinsamen Stellungnahme aufgefordert, das Projekt eines zustimmungspflichtigen Zuwanderungsgesetzes fallen zu lassen und statt dessen im Rahmen der zustimmungsfreien Gesetzgebung einzelne Bereiche der Zuwanderung zukunftsorientiert zu gestalten. Die gemeinsame Stellungnahme „Vorwärts in die Vergangenheit“ wurde auf der Dokumentationsseite der Frankfurter Rundschau abgedruckt und findet sich im Internet unter www.interkultureller-rat.de/Themen/Zuwanderung/Stellungnahme_zuwanderung_04_04_29.pdf

d) Beschäftigungsverordnung Inland

Auf Intervention von Bundesinnenminister Schily hatte das Kabinett der Bundesregierung am 22. September 2004 den unter der Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit entwickelten Entwurf einer Beschäftigungsverordnung Inland gestoppt. Der Entwurf, der auf das im Juli 2004 verabschiedete Zuwanderungsgesetz Bezug nimmt, sah vor, Geduldeten nach einem Jahr Wartezeit einen nachrangigen Zugang zum Arbeitsmarkt einzuräumen und ihnen nach drei Jahren sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung oder nach vier Jahren Aufenthalt einen unbeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Der von Bundesinnenminister Schily angemeldete weitere Beratungsbedarf zu der Verordnung zielte darauf ab, Geduldete in Zukunft einem unbefristeten und absoluten Arbeitsverbot zu unterwerfen.



Der *Interkulturelle Rat* hat sich am 28. September 2004 an die Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien und die sozialdemokratischen Mitglieder des zuständigen Innenausschusses gewandt und darauf hingewiesen, dass ein generelles Arbeitsverbot für Geduldete im Widerspruch zu den Vereinbarungen stehe, die der Vermittlungsausschuss bei seinen Verhandlungen um das Zuwanderungsgesetz getroffen habe. Unter anderem Dank dieser Intervention und Lobbyarbeit des *Interkulturellen Rates* ist es gelungen, das vom Bundesinnenminister angestrebte generelle Arbeitsverbot für Geduldete abzuwenden und im wesentlichen die in der ursprünglichen Entwurfsfassung der Beschäftigungsverordnung Inland vorgesehenen Regelungen durchzusetzen.

3. Abschiebungshaft – Gemeinschaftsprojekt mit PRO ASYL

Anfang des Jahres 2004 vereinbarten *Interkultureller Rat* und PRO ASYL eine intensive Zusammenarbeit im Themenfeld Abschiebungshaft. Entgegen verbreiteter Vorstellungen sind nicht allein abgelehnte Asylbewerber und Flüchtlinge, sondern auch die Opfer von Frauenhandel und Zwangsprostitution sowie Migrantinnen und Migranten mit teilweise langjährigem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland von der Abschiebungshaft und ihrem konkreten Vollzug in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland betroffen. Ziel des Projektes war es, die zahlenmäßige Situation der Abschiebungshaft in den Ländern durch die Auswertung bereits zusammengetragener diesbezüglicher Kleiner und Großer Anfragen in den Länderparlamenten soweit als möglich zu analysieren, sich mit vor Ort aktiven Gruppen und Einrichtungen, die sich gegen Abschiebungshaft engagieren zu vernetzen und durch geeignete Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit die gesellschaftliche Relevanz des Themas herauszuarbeiten.

Im Berichtszeitraum wurden daher die folgenden Maßnahmen ergriffen:

- Erarbeitung einer kommentierenden Übersicht über die Situation der Abschiebungshaft in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Grundlage der Zusammenstellung, die im Internet unter der Adresse http://www.interkultureller-rat.de/Themen/Abschiebehaft/Abschiebungshaft_Laendersituation.pdf einzusehen ist, waren Große und Kleine Anfragen in den Länderparlamenten in den Jahren 2000 bis 2004.
- Teilnahme am bundesweiten Vernetzungstreffen der Abschiebungshaftinitiativen im Mai 2004 in Paderborn. Gemeinsam mit PRO ASYL wurde im Rahmen des Vernetzungstreffens vom *Interkulturellen Rat* eine Arbeitsgruppe zur Situation Minderjähriger in Abschiebungshaft angeboten.
- Auf der Grundlage der Ergebnisse der Arbeitsgruppe wurde von *Interkulturellem Rat* und PRO ASYL mit Blick auf den bundesweiten Aktionstag gegen Abschiebungshaft am 30. August 2004 ein Informationsfaltblatt zur Situation Minderjähriger in der Abschiebungshaft erarbeitet und den Aktionsgruppen vor Ort zur Verfügung gestellt. Das Flugblatt mit dem Titel „In Deutschland Schutz gesucht: Kinder in Abschiebungshaft“ kann im Internet unter http://www.interkultureller-rat.de/Themen/Abschiebehaft/Abschiebehaft_Flyer.pdf eingesehen werden.
- Auf Initiative von *Interkulturellem Rat* und PRO ASYL befasste sich auch das Forum gegen Rassismus beim Bundesministerium des Innern mit der Situation Minderjähriger in der Abschiebungshaft. Dort wurde inzwischen vereinbart, als weitere Diskussionsgrundlage bei den zuständigen Ländern aktuelle Daten zu Minderjährigen in Abschiebungshaft zusammenzutragen.



4. Migranten und Medien - Wege zu einer interkulturellen Medienlandschaft

Der *Interkulturelle Rat* hat im vergangenen Jahr seine kritische Begleitung der Berichterstattung für und über Migrantinnen und Migranten in der Bundesrepublik Deutschland fortgesetzt. Er hat sich in diesem Zusammenhang schwerpunktartig mit (a) der Programmreform im Hessischen Rundfunk und (b) der Erarbeitung eines Diskussionspapiers „Wege zu einer interkulturellen Medienlandschaft“ befasst.

(a) Programmreform im Hessischen Rundfunk – Absetzung des „Rendezvous in Deutschland“

Im Zuge seiner Programmreform hat der Hessische Rundfunk im Sommer dieses Jahres die wöchentlich Sonntags von 11:00 bis 14:00 Uhr auf hr2 ausgestrahlte multilinguale Sendung „Rendezvous in Deutschland“ aus dem Programm genommen. Nach der Einstellung der auch migranten- und migrationsbezogenen deutschsprachigen Sendeformate „Gesellschaftsforum“ und „Blickpunkt Europa“ im Sommer 2003 wurde damit erneut ein tiefer Einschnitt in die Berichterstattung des Hessischen Rundfunks für Migrantinnen und Migranten vorgenommen. In einem Schreiben an den Intendanten des Senders, Herrn Dr. Helmut Reitze, hat der *Interkulturelle Rat* angemahnt, der gebührenfinanzierte öffentlich-rechtliche Rundfunk stehe in der Verantwortung, die Grundversorgung der hier lebenden und Gebühren zahlenden Migranten zu sichern. Gleichzeitig sei durch adäquate Sendeformate zu gewährleisten, dass der Informationsauftrag der Medien hinsichtlich des interkulturellen Zusammenlebens auch gegenüber der deutschen Gesellschaft erfüllt wird. In diesem Zusammenhang sei das „Rendezvous in Deutschland“ ein unverzichtbares Programmangebot im Hessischen Rundfunk. Trotz dieser und weiterer Interventionen durch den *Interkulturellen Rat* und andere Organisationen und Einrichtungen konnte nicht verhindert werden, dass der Hessische Rundfunk das Sendeformat trotz stabiler Einschaltquoten und hoher Akzeptanz bei Migrantinnen, Migranten und deutscher Bevölkerung im August 2004 nach über dreißig Jahren einstellte.

(b) Diskussionspapier „Wege zu einer interkulturellen Medienlandschaft“

Auch vor diesem Hintergrund hat sich der *Interkulturelle Rat* entschieden, sich zukünftig verstärkt für ein flächendeckendes qualitativ hochwertiges Programmangebot für Migrantinnen und Migranten sowohl in den öffentlich-rechtlichen als auch den privaten Sendeanstalten zu engagieren. In der Geschäftsstelle wurde daher ein erstes Diskussionspapier erarbeitet, in dem Maßnahmen zur Gewährleistung eines interkulturell qualifizierten und integrationsfördernden Programmangebotes in Rundfunk und Fernsehen vor- und zur Diskussion gestellt werden. Das Diskussionspapier skizziert Maßnahmen, die dazu beitragen könnten, (a) solche Programmformate zu konzipieren, die gezielt Migrantinnen und Migranten adressieren; (b) Sendeformate für interkulturelle Themen zu entwickeln, die auch die Mehrheitsgesellschaft im Blick haben sowie (c) die interkulturelle Qualifizierung anderer Programmformate sicherzustellen. Das Papier wurde im November 2004 von den Mitgliedern des *Interkulturellen Rates* beraten und wird auf dieser Grundlage bis zum Frühjahr 2005 überarbeitet. Abschließend ist vorgesehen, es mit externen Medienexperten zu beraten und öffentlich zur Diskussion zu stellen.

5. Dialog mit Muslimen

Nach den Beobachtungen des *Interkulturellen Rates* und den Ergebnissen aktueller Studien (u.a. Wilhelm Heitmeyer [Hrsg.]: Deutsche Zustände, Dezember 2004) nahmen auch im vergangenen Jahr die ablehnenden Haltungen gegenüber dem Islam und Muslimen in der Mehrheitsgesellschaft weiter zu. Der *Interkulturelle Rat* war im Be-



richtszeitraum durch folgende Maßnahmen und Projekte darum bemüht, weit verbreiteter Unkenntnis und unbegründeten Ängsten und Vorurteilen entgegenzuwirken und den Dialog zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen zu fördern:

a) Deutsches Islamforum

Das Islamforum ist ein Projekt der Groeben-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem *Interkulturellen Rat* und dem Rat der Türkeistämmigen Staatsbürger. Im Islamforum vertreten sind alle relevanten islamischen Gruppierungen in Deutschland sowie Persönlichkeiten aus dem staatlichen Bereich, der Wissenschaft, Kirchen und anderen gesellschaftlichen Gruppen. In kritischen und offenen Gesprächen werden Probleme des Zusammenlebens zwischen Muslimen und nicht-muslimischer Mehrheitsgesellschaft erörtert. Das Projekt wurde im Berichtszeitraum durch die Robert-Bosch-Stiftung finanziell gefördert.

Im Berichtszeitraum tagte das Deutsche Islamforum insgesamt zweimal zu den Themen „Verfassungsschutz, islamische und islamistische Gruppierungen“ sowie „Konzepte der politischen Parteien zur Integration von Muslimen“. An dieser Tagung nahmen Vertreterinnen und Vertreter aller Bundestagsparteien – u.a. Dieter Wiefelspütz, MdB (SPD) und Christina Köhler, MdB (CDU) – teil. Unter dem Eindruck der Ermordung des niederländischen Filmemachers Theo van Gogh und den anschließenden gewalttätigen Übergriffen auf Moschen und Kirchen unterstützten die muslimischen Teilnehmer des Deutschen Islamforums in einer gemeinsamen Stellungnahme *„einstimmig Demonstrationen für ein friedliches Miteinander und gegen Terrorismus und Gewalt“*. Diese Stellungnahme im Vorfeld der DITIB-Demonstration am 21. November 2004 in Köln wurde bundesweit als ein wichtiges Zeichen für die gemeinsame Ablehnung von Terrorismus und Gewalt durch alle im Islamforum vertretenen muslimischen Organisationen anerkannt und fand flächendeckend Niederschlag in der Presseberichterstattung.

Die im Jahre 2003 auf Landesebene konstituierten Islamforen in Nordrhein-Westfalen und in Hessen tagten im Berichtszeitraum je zweimal. Schwerpunkt der Beratungen waren kreative und präventive Konfliktlösungsmodelle bei Problemen von Muslimen in Schulalltag (u.a. gemeinsame Klassenfahrten und Schulausflüge, Schwimm- und Sportunterricht, Sexualkundeunterricht, das Kopftuch in Schule und Unterricht). In beiden Foren wird gegenwärtig gemeinsam mit Lehrerinnen und Lehrern sowie weiteren Bildungsexperten an einer Handreichung gearbeitet, die Maßnahmenvorschläge zur Vermeidung bzw. Beilegung entsprechender Konflikte zusammenstellt. Auch das im September 2003 konstituierte kommunale Islamforum in Düren hat in 2004 seine Arbeit fortgesetzt und regelmäßig getagt.

Neu konstituiert wurden im Berichtszeitraum Islamforen in den neuen Ländern, in Rheinland-Pfalz und in Niedersachsen. Zur Zeit werden weitere Gespräche geführt, um in 2005 Islamforen in Berlin und Bayern ins Leben zu rufen. Auf kommunaler Ebene hat sich im November 2004 darüber hinaus ein Christlich-Islamisches Forum Darmstadt-Dieburg gegründet.

Gegenwärtig wird beim *Interkulturellen Rat* und der Groeben-Stiftung ein Bericht zu den Islamforen erarbeitet, der die diesbezüglichen Erfahrungen seit den Anfängen der Arbeit im Jahre 2002 reflektiert. Die Publikation soll im Frühjahr 2005 erscheinen



Mit dem 31. Dezember 2004 endete die Förderung des Projekts durch die Robert-Bosch-Stiftung. Die Groeben-Stiftung hatte deshalb im Rahmen des Bundesprogramms entimon einen Antrag gestellt, der die Fortsetzung und Erweiterung der Dialogarbeit mit Muslimen um ein sogenanntes Clearingprogramm anstrebte, dass im konkreten Konfliktfall zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen als Ansprechpartner hätte fungieren sollen. Ziel dieser Weiterentwicklung war es, eine Stelle zu schaffen, die wechselseitige Vorwürfe auf Plausibilität prüft und bei Missständen gegebenenfalls um Abhilfe bemüht ist.

Der *Interkulturelle Rat* bedauert, dass dem entsprechenden Antrag auf Förderung durch entimon nicht entsprochen wurde und kritisiert insbesondere die politische Ablehnungsbegründung, die der zuständige Staatssekretär im Bundesfamilienministerium, Peter Rubenstroh-Bauer am 30. November 2004 in einem Schreiben an Dr. Jürgen Micksch zum Ausdruck gebracht hat: *„Ohne die Notwendigkeit des interkulturellen Dialogs – übrigens ein Schwerpunkt im Programm entimon – auch und gerade mit dem Islam in Zweifel zu ziehen, sollte jedoch allen daran Beteiligten klar sein, dass die Grundlage des Dialoges das klare Bekenntnis zum Grundgesetz und den Gesetzen dieses Landes ist. Hier bestehen im Hinblick auf einige der Personen und Einrichtungen, die an der Programmsetzung beteiligt sein sollen, gegenteilige Hinweise und Einschätzungen. Ein aus Steuermitteln finanzierter Dialog mit Menschen und Organisationen, die es an einem klaren Bekenntnis zum Grundgesetz mangeln lassen – und dies gilt übrigens für alle Formen extremistischer Einstellungen – führt jedoch mitnichten zu einer Verständigung und kann nach allen vorliegenden Erfahrungen als Plattform für die Verbreitung grundgesetzwidriger Ideen missbraucht werden.“*

Nach Auffassung des *Interkulturellen Rates* belegen die in den vergangenen Jahren im Rahmen der Islamforen geführten Gespräche mit den Vertretungen aller relevanten muslimischen Einrichtungen, dass der kritische Dialog ein geeignetes Instrument ist, um vereinzelt extremistischen Tendenzen in einigen der muslimischen Einrichtungen entgegenzuwirken. Dass diese Einschätzung auch staatlicherseits geteilt wird, belegen die regelmäßige Teilnahme von Vertreterinnen und Vertretern der Innenministerien des Bundes und der Länder, kommunaler Ausländerbeauftragter, der Verfassungsschutzbehörden sowie der Vertreterinnen und Vertreter der politischen Parteien. Zu keinem Zeitpunkt wurden die Islamforen seitens muslimischer Einrichtungen als Plattform für die Verbreitung grundgesetzwidriger Ideen missbraucht. Vielmehr waren sie ein Ort der kritischen Auseinandersetzung auch zwischen staatlichen Stellen und muslimischen Organisationen und Einrichtungen.

Groeben-Stiftung und *Interkultureller Rat* werden daher auch im Jahre 2005 darum bemüht sein, die in den Islamforen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene initiierten Dialoge fortzusetzen.

b) Tagung mit DITIB-Imamen

Die übergroße Mehrzahl der für die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB) aus der Türkei nach Deutschland entsendeten Imame reist ohne Sprachkenntnisse, ohne Wissen um die gesellschaftlichen Strukturen und lediglich auf Zeit in die Bundesrepublik Deutschland ein. Auf mittlere Sicht ist anzustreben, dass Imame und Religionsgelehrte, die in islamischen Gemeinden in Deutschland predigen und lehren, auch in Deutschland ausgebildet werden. Um dies zu gewährleisten, braucht es entsprechende Lehrstühle an den deutschen Hochschulen. Dies Voraussetzung ist zur Zeit noch nicht gegeben. Am 22. und 23. November 2004 veranstaltete der *Interkul-*



turelle Rat in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung, der Evangelischen Akademie Arnoldshain, der Katholischen Akademie Rabanus Maurus und der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB) daher in der Evangelischen Akademie in Arnoldshain zum zweiten Male nach 2003 eine Fortbildungstagung für DITIB-Imame. Ziel der Tagung war es, zwischen Imamen und Gemeindevorstehern von DITIB und Vertreterinnen und Vertretern der christlichen und jüdischen Religionsgemeinschaften in Deutschland sowie mit Vertreterinnen und Vertretern staatlicher Stellen und der Kommunen Kontakte herzustellen. Die Tagung strebte darüber hinaus an, den Imamen einen ersten Einblick in die sozialen und organisatorischen Strukturen der christlichen und jüdischen Religionsgemeinschaften sowie staatlicher und kommunaler Einrichtungen zu geben. Über 50 DITIB-Imame nahmen an der Veranstaltung teil. Sie wurde von allen Beteiligten als ausgesprochen hilf- und erfolgreich bewertet.

c) Stellungnahme des Interkulturellen Rates zur „Islamismusdebatte“ im Deutschen Bundestag

Der Deutsche Bundestag debattierte am 2. Dezember 2004 unter dem Eindruck der Ermordung des Filmemachers Theo van Gogh in den Niederlanden und den anschließenden gewalttätigen Übergriffen auf Moscheen und Kirchengemeinden über die Integration von Muslimen in die deutsche Gesellschaft. Der *Interkulturelle Rat* hatte den Fraktionsvorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien vor der Debatte seine Stellungnahme „Den Kulturkampf gegen Muslime“ mit der Bitte zugeleitet, die darin aufgelisteten Anregungen aufzugreifen. Das Papier nannte insgesamt vier Aufgabengebiete, die seitens der Politik zu bearbeiten sind, um eine sinnvolle Integrationspolitik gegenüber Muslimen entwickeln zu können:

- Integrationsförderung durch Ausbildung von Imamen;
- Starten einer Dialogoffensive vor Ort;
- Einführung von islamischem Religionsunterricht in deutscher Sprache an den Schulen;
- Stärkere Berücksichtigung der Belange von Muslimen in der Medienpolitik und Medienberichterstattung.

Die Pressemitteilung des *Interkulturellen Rates* vom 1. Dezember 2004, in der die Vorschläge ausgearbeitet wurden, kann unter folgender Adresse eingesehen werden: http://www.interkultureller-rat.de/Presse/Presse_2004/Presse_12_01.pdf.

6. Antisemitismus

Der *Interkulturelle Rat* hat im Berichtszeitraum mit Besorgnis eine Vielzahl von Entwicklungen beobachtet, die deutlich werden lassen, dass antisemitische Einstellungen in der Mitte der deutschen Gesellschaft weiterhin ihren Platz finden. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang unter anderem die Wahlerfolge der NPD in Sachsen, deren antisemitische Hetze ihren bisherigen Höhepunkt in dem Verhalten anlässlich des Landtagsgedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 20. Januar 2005 fand sowie das Verbreiten antisemitischer Hetzschriften im Rahmen der Frankfurter Buchmesse, in deren Mittelpunkt in diesem Jahre die „Arabische Welt“ stand. Der *Interkulturelle Rat* wird insbesondere der weiteren Entwicklung antisemitischer Hetze am rechtsextremen Ende des deutschen Parteienspektrums Aufmerksamkeit widmen und sich darum bemühen, durch geeignete und mit seinen Partnern koordinierte Maßnahmen weiteren Wahlerfolgen rechtsextremer Parteien insbesondere mit Blick auf die Bundestagswahl 2006 in geeigneter Weise entgegenzuarbeiten. Dem insbesondere



auch unter muslimischen Jugendlichen verbreiteten Antisemitismus hat der *Interkulturelle Rat* im Jahre 2004 insbesondere im Rahmen seiner interreligiösen Dialogarbeit entgegengewirkt.

7. Interreligiöser Dialog

a) Abrahamische Jugendtagung vom 11. bis 13. Juni in Arnoldshain

Zur Überwindung von antisemitischen und antiislamischen Einstellungen wollen jüdische, christliche und muslimische Jugendliche gemeinsam beitragen. Das war das Ergebnis einer Tagung vom 11.-13. Juni 2004 in der Evangelischen Akademie Arnoldshain. Jüdische, christliche, muslimische und Baha'í-Jugendliche aus dem ganzen Bundesgebiet waren zusammengekommen und hatten festgestellt, dass gegenwärtig eine – auch wechselseitige - Zunahme von antisemitischen und antiislamischen Einstellungen bei Jugendlichen zu beobachten ist. Sie führten dies teilweise auf die Auseinandersetzungen zwischen Israel und Palästina sowie die terroristischen Anschläge vom 11. September 2001 zurück. Die Jugendlichen waren sich einig, dass diese Auseinandersetzungen nicht nach Deutschland hinein getragen werden sollten. Vielmehr wollten sie gemeinsame Zeichen für eine bessere Verständigung setzen. Es wurde daher vorgeschlagen, beim *Interkulturellen Rat* ein Abrahamisches Jugendforum einzurichten, das gemeinsame Projekte fördert und Dialoge sowie Veranstaltungen mit Jugendlichen der abrahamischen Religionen anregt und durchführt.

Der *Interkulturelle Rat* fühlt sich durch die Erfahrungen dieser bundesweit bislang einmaligen Tagung dazu ermutigt, im Jahre 2005 weitere Schritte zum Aufbau eines Abrahamischen Jugendforums zu gehen und wird hierauf einen Schwerpunkt im Rahmen seiner Maßnahmen zur Förderung des Interreligiösen Dialogs legen.

b) Interreligiöser Arbeitskreis

Dem Interreligiösen Arbeitskreis gehören Repräsentanten/innen der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland, des Zentralrates der Juden in Deutschland, des Zentralrates der Muslime in Deutschland, der Deutschen Buddhistischen Union, des Nationalen Geistigen Rates der Baha'í und andere an. Anlässlich des Tages der Deutschen Einheit lud der *Interkulturelle Rat* wie in den Vorjahren zu einer Interreligiösen Feier am 2. Oktober 2003 ein. Die Feier wurde in Zusammenarbeit mit örtlichen Gruppen organisiert und fand im Türkisch-Islamischen Zentrum in München statt. Eine gemeinsame Erklärung der Religionsgemeinschaften unter dem Titel „Religion ist öffentlich“ wurde veröffentlicht. Sie ist unter der Adresse www.interkultureller-rat.de/Themen/Interreligioeser_AK/Religion_ist_oeffentlich_Okt04.pdf im Internet einzusehen. Hauptrednerin der Veranstaltung war die ehemalige Präsidentin des Deutschen Bundestages, Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth, die auch Mitglied des Interkulturellen Rates ist.

c) Abrahamisches Forum und abrahamische Teams

Im Abrahamischen Forum in Deutschland arbeiten Persönlichkeiten aus dem Zentralrat der Juden in Deutschland, der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland, dem Zentralrat der Muslime in Deutschland, DITIB und anderen zusammen. Das Abrahamische Forum traf sich im Berichtszeitraum zweimal und erörterte interreligiöse Fragestellungen und die Arbeit Abrahamischer Teams.

Die Veranstaltungen mit Abrahamischen Teams (Dreier-Teams mit je einem/er Vertreter/in des Judentums, Christentums, Islam) in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit erfreuten sich auch in 2004 großen Zuspruchs. Insgesamt konnten 24



Veranstaltungen mit über 1.400 Teilnehmern/innen in Schulen, Universitäten, Kirchengemeinden und an anderen Orten ermöglicht werden. Die Arbeit der Abrahamischen Teams wurde im Jahre 2004 durch das Europäische Forum für Migrationsstudien (efms) evaluiert. Die Ergebnisse der Evaluation waren Gegenstand der Beratungen des Treffens des Abrahamischen Forums am 14. September 2004 in Erfurt. Im Rahmen der Evaluation wurden mehrere exemplarische Veranstaltungen mit dem Resultat untersucht, dass grundsätzlich seitens der Adressaten großes Interesse an den Veranstaltungen mit Abrahamischen Teams besteht. Die Teilnehmenden, so der Bericht, bewerten diese als sehr interessant und anregend. Defizite macht die Evaluation jedoch in der Veranstaltungsform aus. Hier wird empfohlen, die bisher eineinhalbstündigen Aktionen auszuweiten, um gezielter auf Fragen der Schüler und Schülerinnen eingehen und sie stärker in die Diskussion einbeziehen zu können. Auch die Vorbereitung auf den Besuch eines Abrahamischen Teams sollte optimiert werden, etwa durch eine genauere inhaltliche Festlegung und durch gezielte Vorarbeit der Lehrkräfte mit den Schülern und Schülerinnen.

Die Abrahamischen Teams sind gegenwärtig damit befasst, die Verbesserungsvorschläge umzusetzen, um eine größere Nachhaltigkeit der Veranstaltungen im Hinblick auf die Akzeptanz unterschiedlicher Religionen zu erreichen.

9. Informationsarbeit

In seinen *Infoblättern* informiert der *Interkulturelle Rat* in unregelmäßigen Abständen über die Arbeit in den einzelnen Projekten. Im Jahr 2004 wurden insgesamt fünf *IR-Infoblätter* veröffentlicht und per E-Mail versandt. Auch auf der Homepage des *Interkulturellen Rates* sind unter www.interkultureller-rat.de weitere Informationen über Veranstaltungen, Projekte, Veröffentlichungen und Pressemitteilungen einzusehen.

10. Der Interkulturelle Rat in Deutschland feiert sein 10-jähriges Jubiläum

Am 30. August 2004 feierte der *Interkulturelle Rat in Deutschland* sein 10-jähriges Bestehen. Um auf diese 10 Jahre engagierter Arbeit für ein friedliches interkulturelles Leben zurückzuschauen und das Erreichte gebührend zu feiern, hatten wir für den 30. August 2004 frühere Mitarbeiter und Wegbegleiter des *Interkulturellen Rates* in die Geschäftsstelle eingeladen. Mehr als dreißig Gäste zeugten davon, dass der *Interkulturelle Rat* auch im 10. Jahr seines Bestehens vielfach Unterstützung findet und als wichtiger Ort des Austauschs und Dialogs betrachtet wird.

Aus Anlass des Jubiläums hat der Vorsitzende des *Interkulturellen Rates*, Dr. Jürgen Micksch, eine Bilanz gezogen und einen Ausblick auf die Perspektiven der weiteren Arbeit formuliert. Der Text findet sich im Internet unter http://www.interkultureller-rat.de/Ueber_uns/10%20Jahre%20Interkultureller%20Rat-August2004.pdf.

11. Vorstandswahlen des Interkulturellen Rates

Auf der Mitgliederversammlung des *Interkulturellen Rates in Deutschland* am 19. März 2004 in Frankfurt am Main wurde turnusgemäß ein neuer Vorstand gewählt. In ihren Ämtern bestätigt wurden Dr. Jürgen Micksch (Darmstadt) als Vereinsvorsitzender und Ozan Ceyhun (Rüsselsheim, damaliges Mitglied des Europäischen Parlaments) als dessen Stellvertreter. An Stelle von Leo Monz (Bildungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes / Düsseldorf), der für das Amt nicht mehr kandidierte, wurde Günter Burkhardt (Bundesarbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge PRO ASYL / Frankfurt am Main) als Schatzmeister gewählt. Als Beisitzer im Vorstand wurden Kadriye Aydin (Rechts-



anwältin aus Darmstadt) und Michael Hugo (Dien Hong – Gemeinsam unter einem Dach e.V. / Rostock) bestätigt. Neu in dieses Amt gewählt wurden Volker Roßocha (Deutscher Gewerkschaftsbund / Berlin) und Giovanni Pollice (IG Bergbau, Chemie, Energie / Hannover).

Die Mitgliederversammlung dankte den ausscheidenden Vorstandsmitgliedern Leo Monz und Manuel Campos für die langjährige und engagierte Mitarbeit. Beide sind Gründungsmitglieder und bleiben dem *Interkulturellen Rat* auch zukünftig verbunden. Manuel Campos wünschte die Mitgliederversammlung für seine neue Aufgabe als Sozialattachée der Deutschen Botschaft in Brasilia alles Gute.

12. Geschäftsstelle

Im Laufe des Jahres 2004 haben zwei Mitarbeiterinnen die Geschäftsstelle des *Interkulturellen Rates in Deutschland* verlassen. Anja Schwier, die in der Geschäftsstelle mit dem Projekt „Islamforum“ betraut war, hat zum 1. Oktober 2004 eine Stelle als Pfarrerin im Dienst der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau angetreten. Der Arbeitsvertrag von Katja Schubert, die im Rahmen der XENOS-Förderung seit 2002 u.a. das Projekt „21. März/Internationale Woche gegen Rassismus“ durchführte, konnte wegen des Auslaufens der Förderung zum 31. Dezember 2004 leider nicht verlängert werden. Bei beiden möchten wir uns für die langjährige und hervorragende Arbeit bedanken, die sie für den *Interkulturellen Rat* geleistet haben.

13. Projektförderung

Das Xenos-Programm „Leben und Vielfalt“ der Europäischen Kommission und der Bundesregierung hat dem *Interkulturellen Rat* in den Jahren 2002 bis 2004 die Durchführung verschiedener Projekte ermöglicht. Kofinanziert wurde das Xenos-Projekt durch das Bundesministerium des Innern, die Groeben-Stiftung, das Hessische Sozialministerium, den Fonds zur Überwindung von Fremdenfeindlichkeit der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, die IG-BCE, die IG-Metall, PRO ASYL und die Stadt Leipzig. Des weiteren wurde die Projektarbeit des *Interkulturellen Rates* im Berichtszeitraum durch die finanzielle Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung, den Rat der türkeistämmigen Staatsbürger in Deutschland, Lions International sowie durch Mittel ermöglicht, die uns die Förderinnen und Förderer des *Interkulturellen Rates* dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt haben.